

■ Einigung im Grundsatz

Bund und Länder verständigen sich über die Finanzierung von Bildung und Lehre. Durch eine Grundgesetzänderung soll das Kooperationsverbot fallen.

Im Koalitionsvertrag hatte die Bundesregierung insgesamt fünf Milliarden Euro mehr für Hochschule und Schule zugesichert. Am 27. Mai haben sich Vertreter von Bund und Ländern über die Vergabe der Mittel geeinigt. Der Bund übernimmt ab 1. Januar 2015 auf Dauer die gesamte Finanzierung des BAföG. Bislang trägt der Bund davon 65 Prozent, die Länder 35 Prozent. Die Länder haben sich im Gegenzug verpflichtet, die dadurch jährlich freiwerdenden rund 1,17 Milliarden Euro für Hochschulen und Schulen zu verwenden.

Derzeit sind Kooperationen von Bund und Ländern im Hochschulbereich nur befristet möglich, und der Bundesregierung ist nicht erlaubt, Bildungseinrichtungen der Länder direkt zu finanzieren. Dieses Kooperationsverbot soll nach Willen von Koalitionspartnern und Ländern fallen und dafür eine Änderung des betreffenden Artikels 91 b des Grundgesetzes auf den Weg gebracht werden. Die Grundgesetzänderung soll ein dauerhaftes Engagement des Bundes für Forschung und Lehre an Hochschulen ermöglichen. „Der Weg für eine Grundgesetzänderung ist frei. Das ist ein großer Erfolg, der weit über den heutigen Tag hinaus wirkt und die Bedingungen an den Hochschulen in Deutschland nachhaltig verbessern wird. Wir haben völlig neue Gestaltungsmöglichkeiten“, sagte Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung, bei der Bekanntgabe der Entscheidung in Berlin.

Der Bund wird nun neben der Übernahme der BAföG-Kosten weitere 1,5 Milliarden für Universitäten und Forschungseinrichtungen ausgeben. Außerdem finanziert der Bund den Hochschulpakt, den Pakt für Forschung und Innovation und die Exzellenzinitiative weiter. Budgeterhöhungen für die außeruniversitäre Forschung finanziert der Bund in Zukunft allein.

Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen begrüßte die Entscheidungen und mahnte an, den erarbeiteten Rahmen umgehend konkret auszugestalten. Helmholtz-Präsident Jürgen Mlynek appellierte an die Bundesländer: „Ich erwarte, dass sie die zusätzlichen Gelder nicht in ihren Haushalten verschwinden lassen, sondern vollständig an die Hochschulen weitergeben.“

BMBF / HFG / Alexander Pawlak

■ Fairer Fortschritt

Noch einige Jahre lang wird sich in der Nähe von Darmstadt eine der größten Baustellen Deutschlands befinden, denn dort wird neben dem GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung (GSI) die Facility for Antiproton and Ion Research FAIR gebaut. Ende Mai wurde der letzte von insgesamt 1350 bis zu 60 Meter langen Bohrpfehlen gesetzt. Diese sollen den

Baugrund stabilisieren und dafür sorgen, dass sich die Gebäude der FAIR-Anlage mit ihren teils meterdicken Betonwänden weniger und vor allem gleichmäßig setzen. Der Baugrund nämlich besteht hauptsächlich aus Ton und Sand und ist entsprechend kompressibel. Inzwischen konnten die Drehbohrgeräte die Baustelle verlassen. Als nächstes wird das eigens errichtete Betonmischwerk abgebaut und der Erdaushub durch die Bohrarbeiten abtransportiert.

Ein weiterer Meilenstein war ebenfalls Ende Mai die Erteilung der letzten strahlenschutzrechtlichen Teilerrichtungsgenehmigung durch das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Damit kommt das Prüfverfahren zu einem abschließenden positiven sicherheitstechnischen Gesamturteil, und der eigentliche Bau der Anlage kann wie geplant im kommenden Jahr beginnen. Vorher stehen noch verschiedene kleine Arbeiten an, wie der Bau von Containerbüros für die Bauleitung und eines Besucherzentrums. Zudem müssen Baustelleneinrichtungsflächen fertig gestellt und ein Stück Baustraße ergänzt werden.

FAIR / Maike Pfalz

KURZGEFASST

■ Hoffnung für SOFIA?

Nachdem die NASA im März bekannt gegeben hat, ihren vereinbarten Anteil für das Stratosphärenobservatorium für Infrarotastronomie SOFIA von 84 auf 12 Millionen US-Dollar zusammenzustreichen, steht das amerikanisch-deutsche Projekt derzeit ohne gesicherte Finanzierung da. Nun gibt es einen Hoffnungsschimmer: Ein Haushaltskomitee des US-amerikanischen Repräsentantenhauses hat sich in einem Bericht für SOFIA ausgesprochen und empfohlen, den US-Beitrag auf 70 Millionen Dollar zu erhöhen. Das Projekt liefere gute Wissenschaft und wäre keinem Gutachtergremium zur Beendigung vorgelegt worden.

■ Materialwissenschaft am KIT

Neue Werkstoffe für Energiespeicherung und -wandlung stehen im Mittelpunkt der Forschung des Materialwis-

senschaftlichen Zentrums für Energiesysteme, für das Anfang Juni auf dem Campus des KIT der Grundstein gelegt wurde. Den Neubau für 27,4 Millionen Euro finanzieren Bund und Land jeweils zur Hälfte. Ende 2015 soll der Bau fertig gestellt sein.

■ Deutschland – forsch und innovativ

Der Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland hat in den letzten Jahren an Attraktivität gewonnen. Dies bestätigt der entsprechende Bundesbericht für das Jahr 2014, den das Bundeskabinett Ende Mai beschlossen hat. Knapp 600 000 Menschen sind in Forschung und Entwicklung tätig, die Ausgaben für diesen Bereich haben Staat, Wirtschaft und Wissenschaft in Deutschland kontinuierlich auf mehr als 79 Milliarden Euro im Jahr 2012 gesteigert. Der Bericht findet sich unter www.bmbf.de/pub/bufi_2014.pdf.